

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter, Postämter und Geschäftsstellen nehmen Bestellungen entgegen. Im Falle der Unmöglichkeit der Lieferung des Tagesblattes wird die Redaktion hiervon in Kenntnis gesetzt. — Abbestellung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf., die 2 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Pf. Nachmittagsausgabe 20 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 45 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 23. Februar 1932

Wieder Reichstag.

Wenn jetzt der Reichstag wieder zusammengesetzt ist, dann hat er eine mehr als viermonatliche Periode der Selbsthaltung, aber auch der — Selbsthaltung hinter sich. Die vor dieser Zeit beschlossene Vertagung war natürlich nur deswegen erfolgt, weil die Mehrheit des Reichstages sich auf den Standpunkt stellte — und diesen in der Zwischenzeit übrigens durch wiederholte Ablehnung der Einberufungsanträge noch unterstrich —, daß die parteipolitischen Kampffronten auf die innen- und namentlich die außenpolitischen Maßnahmen des Kabinetts Brüning ohne Wirkung bleiben sollten. Eine Regierungskrise müsse gerade jetzt vermieden werden —, so beschloß die Mehrheit des Reichstages und schaltete ihn und sich damit in radikalster Weise aus. Der Gegensatz der inneren „Fronten“ hat sich ja auch so stark herausgebildet, daß man auch außenpolitisch kaum zu einer Einheit und Einheitsfront gekommen wäre. Zu diesen sachlichen Differenzen tritt aber bei der Opposition der Rechten das aller- schärfste Mißtrauen gegen die Mitglieder des Kabinetts Brüning, vor allem natürlich gegen den Reichszankler persönlich, daß er nicht der Mann sei, das strategische Ziel der deutschen Erbinbefreiung im Auge zu behalten, und daher wird dieses Mißtrauen, das bis zur Reichstagsöffnung in entsprechenden Anträgen zum Ausdruck gebracht wurde, auch bei den kommenden Sitzungen laut genug mitsprechen.

Aber diese außenpolitischen Differenzen, denen zurzeit kaum irgendwelche wirkliche Entscheidungen einen überaus starken Hintergrund geben — die Erbinbefreiung ist ja bis zum Juni verlagert und der Nemeistreit wird gerade jetzt zum Austrag gebracht —, werden doch nur so eine Art Kautschuk um den Hauptstamm der Reichstagsverhandlungen abgeben: Innenpolitik und Reichspräsidentenwahl sind ja das Thema. Für oder gegen Brüning — das muß wieder als der Drehpunkt der Diskussion und der Stimmabgabe bezeichnet werden, und der Punkt auf der Tagesordnung: „Festsetzung des Termins für die Neuwahl des Reichspräsidenten“ gibt nur das Sprungbrett für die Reden und die Reden ab. Von einer „Diskussion“ sollte man eigentlich gar nicht erst sprechen, weil über die ganze innenpolitische Lage, die in ihr vorhandenen und wirkenden Konflikte ebensoviel geredet und geschrieben worden ist, wie sich die Parteien und Fraktionen politisch festgelegt haben. Für oder gegen Brüning, — nur noch darum dreht sich die Entscheidung und hierfür ist selbst die Kritik z. B. an einzelnen Bestimmungen der Notverordnungen oder überhaupt an den wirtschafts- politisch-finanziellen Notmaßnahmen der Regierung nur Mittel zum Zweck, ist Rede, aber kaum die Entscheidungsgrundlage.

Infolgedessen wird man an die kommende „Aussprache“ im Reichstag keine erheblichen Erwartungen knüpfen, da wohl im allgemeinen nur oft Gesagtes nochmals wiederholt wird. Es wird sich eben hauptsächlich doch nur darum handeln, was sich bei den Abstimmungen über die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett oder einzelne seiner Mitglieder ergibt. Hierüber etwas zu prophezeien ist immerhin recht mißlich, da einerseits die Mehrheit, auf die sich Brüning bisher stützte, stets einen recht kleinen Umfang besaß und andererseits nicht gerade von eiserner Festigkeit ist. Schon vor Zusammentritt des Reichstages war einige „Kittarbeit“ notwendig, und es wird sich erst noch zeigen müssen, ob diese Bemühungen dann in den entscheidenden Stunden zu dem Erfolg führen werden, der damit bezweckt war. Hinter diesem Ausgang aber stehen dann, wenn er gegen Brüning ausfällt, außerdem noch Schwierigkeiten auf die Neuwahl des Reichspräsidenten selbst. Wenn Dr. Brüning aber wieder eine Mehrheit erhalten sollte, dann wandert die Austragung der innenpolitischen Kämpfe wieder hinaus aus dem Reichstag in die Öffentlichkeit, wird die Entscheidung zunächst doch bei der Neuwahl des Reichspräsidenten fallen. Wie denn überhaupt die bevorstehenden und noch zu erwartenden Neuwahlen den Reichstagsverhandlungen eine nicht gerade sanfte „Note“ geben werden!

Memel und das Haager Gericht.

Deutscher Schritt bei den Unterzeichnermächten des Memelabkommens.

Zum Abschluß der Völkerbundratsitzung über die Memelfrage weist man in maßgebenden Kreisen in Berlin darauf hin, der Bericht habe klipp und klar festgestellt, daß die Lage im Memelgebiet anormal sei und Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit die Verhältnisse nicht noch schlimmer würden. Es sei nun zunächst abzuwarten, ob im Memelgebiet tatsächlich ein regelmäßiges Direktorium eingesetzt würde, das das Vertrauen des Landtages besitze. Ferner müsse abgewartet werden, ob die Absehung des Landespräsidenten Vötkcher, wie vorgesehen, vor einem internationalen Forum verhandelt würde.

Die deutsche Regierung hat, wie verstanden, bei den Unterzeichnermächten des Memelabkommens bereits Schritte in dieser Hinsicht eingeleitet, um die Behandlung der Angelegenheit Vötkcher vor dem Haager Gericht zu erreichen.

Kandidaten der nationalen Opposition

Duefferberg Kandidat des Stahlhelms und der Deutschnationalen.

Wie von deutschnationaler Seite bestätigt wird, haben die Deutschnationalen und der Stahlhelm Oberleutnant a. D. Duefferberg als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Die Deutschnationalen und der Stahlhelm haben sich zum schwarz-weiß-roten Wahlblock zusammengeschlossen.

Hitler kandidiert.

Parteiamtlich wird aus Berlin mitgeteilt: In einer Generalmitgliederversammlung des Gaues Berlin der NSDAP, die am Montag im überfüllten Sportpalast stattfand, teilte der Berliner Gauleiter Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels unter minutenlangen stürmischen Heirufen der Anwesenden mit, daß Adolf Hitler als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt wird.

Nachdem Dr. Goebbels in der Generalmitgliederversammlung etwa eine Stunde gesprochen hatte, kam er auf die Präsidentschaftsfrage zu sprechen und erklärte u. a.: Wir wollen als Präsidenten einen Führer, der aus dem Volke hervorgegangen ist, der mit uns kämpft und führt, der mit uns leidet und empfindet. Als vor vier Wochen zum ersten Male in diesem Saal diese Frage aufgeworfen wurde, da standen spontan 15 000 Menschen auf und jubelten dem Namen unseres Führers zu. Damals durfte ich nichts sagen. Heute bin ich vielleicht der erste Glückliche, der Ihnen sagen darf, Hitler wird unser Reichspräsident. — Bei diesen Worten brach im Saal minutenlang Beifall aus, der sich in Heilrufe auflöste. Hitler selbst war in der Versammlung nicht anwesend.

Aufruf Graf Westarps für Hindenburg.

Ähnlich wie der Sahn-Ausschuß hat auch Graf Westarp einen Aufruf für die Wiederwahl Hindenburgs veröffentlicht. Der Aufruf betont die Notwendigkeit der Wiederwahl Hindenburgs auch aus außenpolitischen Gründen.

Unter den 430 Unterzeichnern befinden sich politisch rechts orientierte Persönlichkeiten, u. a. zwölf ehemalige Generale, eine Reihe von Universitätsprofessoren, wie Prof. Deigmann (Berlin), Prof. Marks, eine Anzahl ehemaliger Staatssekretäre wie Waltra und Sedendorf sowie Vertreter der Wirtschaft, wie Krupp und Abraham Frowein. Außerdem stehen unter dem Aufruf die Namen einer Anzahl von Landwirten, christlichen Gewerkschaftsführern und anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Reichsausschuß der Landvolkpartei für Hindenburg.

Im Reichstag hielt der Reichsausschuß der Deutschen Landvolkpartei, der sich aus dem Parteivorstand, den Fraktionsführern und den Vorsitzenden der Wahlkreisorganisationen zusammensetzt, eine Sitzung ab, in der alle Wahlkreise vertreten waren. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Reichsausschuß die Initiative der Parteiführung und der Reichstagsfraktion für die Kandidatur von Hindenburg

Zugeständnisse der Reichsregierung.

Senkung der Biersteuer. — Um den Reichswehrerlaß.

Vor dem Beginn der Vollziehung des Reichstages sind am Montag einzelne Fraktionen zusammengetreten, um zum Arbeitspensum des Reichstages und zur parlamentarischen Lage Stellung zu nehmen. In parlamentarisch-politischen Kreisen wird natürlich eifrig die Frage erörtert, welche Ausichten das Kabinett Brüning gegenüber den zahlreich eingebrachten Mißtrauensvoten hat. Das Schicksal der Regierung Brüning dürfte unter Umständen von nur wenigen Stimmen abhängig sein.

Um den Wünschen der Parteien entgegenzukommen, soll sich das Kabinett Brüning zu einigen Zugeständnissen bereit erklärt haben. So wird davon gesprochen, daß etwa zum 1. April eine Senkung der Biersteuer eintreten soll. Weiter besteht die Absicht, dem Erlaß des Reichswehrministeriums, nach dem auch Nationalsozialisten der Eintritt in die Reichswehr gestattet war, eine besondere Auslegung zu geben. In welcher Form diese Auslegung vor sich gehen soll, und ob sie vom Reichszankler oder vom Reichswehrminister gegeben werden wird, steht noch nicht fest.

Diese Erklärung wird, wie man versteht, natürlich nicht den Sinn des Erlasses in sein Gegenteil verkehren, sondern sie wird die Mißverständnisse wegräumen haben, die sich an diesen Erlaß geknüpft haben. Es werde sich darum handeln, noch einmal einwandfrei klarzustellen, daß für die Einstellungen in die Reichswehr lediglich die Persönlichkeit des einzelnen und seine Einstellung

begrüßt. Weiter heißt es, daß die Landvolkpartei geschlossen für Hindenburg eintritt, da er allein durch seine überparteiliche Haltung und sein persönliches Ansehen heute imstande sei, alle gesunden und willigen Kräfte für den Neuaufbau und den Befreiungskampf zusammenzufassen.

SPD-Vorstand soll die Parole geben.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei bevollmächtigte den Parteivorstand einstimmig, über die Parole zur Reichspräsidentenwahl von sich aus die Entscheidung zu fällen.

Reichspräsidentenwahl und Sächsischer Militärvereinsbund.

Neutrale Haltung des Vorstandes.

Der Sächsische Militärvereinsbund verendet folgende Erklärung: Der Sächsische Militärvereinsbund hat sich in eingehender Besprechung des Präsidiums und der Kreis- und Bezirksvorsitzer getreu seiner Geschichte auf dem Standpunkt gestellt, daß jedem einzelnen seiner Mitglieder das selbstverständliche Recht zusteht, nach seiner Auffassung zur Wahl des Reichspräsidenten Stellung zu nehmen. Der Sächsische Militärvereinsbund erwartet dabei von seinen Mitgliedern und ihren Angehörigen, daß sie sich an der Wahl beteiligen und ihre Stimmen nach Pflicht und Gewissen dem nationalen Kandidaten geben, den sie für das Wohl des Vaterlandes für den besten halten.

Gewerkschaftsvertreter bei Hindenburg.

Der Reichspräsident empfing einige Führer aus der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung, nämlich Behrens (Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer), Bechth (Deutschnationaler Handlungsgewerksverband), Waltrausch (Christliche Gewerkschaften), Rimmelle (Gesamtverband der Verkehrs- und Staatsbediensteten), Lüttringhaus sowie Katharina Müller (Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellter), Margarete Wolff (Gewerkschaft der Heimarbeiterinnen) und Alara Meinel (Deutscher Gewerkschaftsbund). Diese gaben u. a. ihrer Freude darüber Ausdruck, daß der Reichspräsident um des inneren Friedens und der nationalen Freiheit willen noch einmal die Bürde des hohen und schweren Amtes auf sich nehmen will. Sie versicherten dem Reichspräsidenten der unbedingten Treue seiner in dieser Bewegung zusammengeschlossenen alten Wähler von 1925 und hoben hervor, daß seine rein vaterländischen Motive unbekümmert um Günst oder Ungünst einzelner Parteien im Volke verstanden und seinem Sieg sicher herbeiführen werden.

Der Reichspräsident antwortete mit Worten des Dankes für das ihm erwiesene Vertrauen; er habe die Kandidatur übernommen nicht aus den Händen einer Partei oder einer Parteiengruppe, sondern unter Wahrung seiner vollen Überparteilichkeit und in dem Willen, mit seiner letzten Kraft dem Vaterland und dem deutschen Volke zu dienen.

Mit der Bekanntgabe der Beschlüsse der Nationalen Opposition soll in aller nächster Zeit zu rechnen sein.

für den Bewerber maßgebend sei, nicht seine Parteizugehörigkeit als solche.

Mit der Abstimmung über die Mißtrauensvoten im Reichstag ist für Ende dieser Woche zu rechnen. Reichszankler Dr. Brüning wird selbst in die Debatte der nächsten Tage eingreifen.

Mitrauensanträge im Reichstag.

Die im Reichstag eingegangenen Anträge der Nationalsozialisten bestehen aus einem Mitrauensantrag gegen das Reichskabinett, einem Antrag auf Auflösung des Reichstages und einem weiteren Antrag auf Aufrechterhaltung sämtlicher seit 1930 erlassenen Notverordnungen. Für den Fall der Ablehnung des letzten Antrages sind Eventualanträge eingebracht, die die Notverordnungen zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen oder — wenn auch das abgelehnt wird — die Notverordnungen und Verordnungen, die die Wahl- und Versammlungsfreiheit einschränken, während des Wahlkampfes außer Kraft setzen sollen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschloß, ein Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinett einzubringen und bei der Abstimmung Fraktionszwang auszuüben.

Fördert die Ortspresse